

Nein zur diskriminierenden und rückständigen CVP-Initiative

NUR MIT EINEM MASSIVEN NEIN GEGEN DIESE GEFÄHRLICHE INITIATIVE KÖNNEN WIR AM 28. FEBRUAR VERHINDERN, DASS DIE GLEICHSTELLUNG ALLER MENSCHEN IN DER SCHWEIZ FÜR JAHRZEHNTE BLOCKIERT WIRD. AUCH IM INTERNATIONALEN VERGLEICH GILT ES ZU VERHINDERN, DASS DIE SCHWEIZ AUF DAS ABSTELLGLEIS GERÄT.

Die Volksinitiative mit dem trügerischen Titel «Für Ehe und Familie – gegen die Heiratsstrafe» wurde von der CVP im November 2012 eingereicht. Sie will die Bundesverfassung wie folgt ändern: «Die Ehe ist die auf Dauer angelegte und gesetzlich geregelte Lebensgemeinschaft von Mann und Frau. Sie bildet in steuerlicher Hinsicht eine Wirtschaftsgemeinschaft. Sie darf gegenüber andern Lebensformen nicht benachteiligt werden, namentlich nicht bei den Steuern und den Sozialversicherungen.» Das Parlament, eine breite Parteien-Allianz – darunter auch die SP –, der Dachverband der Regenbogenfamilien sowie alle LGBTI-Organisationen wie fels, LOS, PINK CROSS und weitere lehnen die Initiative ab.

Nein zur diskriminierenden Ehedefinition

Die SP fordert die «Ehe für alle» und hat 2014/15 dafür Mehrheiten im National- und Ständerat erkämpft. Diese Fortschritte für die Grundrechte aller in der Schweiz werden

«Die Initiative diskriminiert hunderttausende zusammenlebende gleichgeschlechtliche Paare.»

durch die Initiative torpediert, weil sie die Ehe abschliessend als Lebensgemeinschaft von Mann und Frau definiert und damit gleichgeschlechtliche Paare ausdrücklich ausschliesst. Damit verbaut sie den nötigen Schritt zur Ehe für Alle, den wir in der Schweiz mit einer Anpassung des Zivilgesetzbuchs erreichen können. Diesen Schritt haben auch Länder wie Frankreich, Spanien und Irland in letzter Zeit gemacht. Jegliche Diskriminierung von Menschen mit anderer sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität lehnt die SP entschieden ab.

Nein zum Verbot der Individualbesteuerung

Die CVP-Definition der Ehe als «Wirtschaftsgemeinschaft» ist absurd. Im Klartext bewirkt sie das Verbot der Individualbesteuerung. Dabei ist die Schweiz das einzige Land Europas, das die Individualbesteuerung noch nicht eingeführt hat. Die Individualbesteuerung ist weltweit als Voraussetzung für die

Gleichstellung von Frau und Mann anerkannt. Sie würde endlich aufräumen mit den patriarchalen Begriffen der «Zweiverdiener» und des «Doppelverdienerabzugs».

Nein zum Steuergeschenk für Wenige

Nach einem Bundesgerichtsurteil, das die ungleiche Besteuerung von Ehepaaren und Konkubinatspaaren rügte, haben Bund und Kantone ihre Steuersysteme angepasst. Bei den Sozialversicherungen sowie im Erbrecht sind Verheiratete und eingetragene Partnerschaften sogar im Vorteil und Konkubinatspaare benachteiligt. Die CVP-Initiative würde Steuerausfälle von jährlich 1,9 Milliarden Franken beim Bund und 390 Millionen Franken bei den Kantonen und Gemeinden verursachen. Erneute Abbauprogramme müssten folgen. Eine gerechte – und vereinfachte – Besteuerung für alle kann nur mit der Individualbesteuerung erreicht werden. Dafür setzt sich die SP-Bundeshausfraktion ein.

DISKRIMINIERUNG IM DECKMANTEL DER FAMILIENPOLITIK

Die Initiative zeigt, welch schiefen Blick die CVP auf die familienpolitische Realität wirft. Fast jede zweite Ehe wird heute geschieden und es gibt fast genauso viele ledige Personen wie verheiratete. Wir müssen also nicht dafür sorgen, dass verheiratete Paare mehr Rechte erhalten, sondern dass alle Lebensformen gleichberechtigt behandelt werden. Die CVP zeigt mit ihrer Initiative aber ihr erzkonservatives Gesicht: Der Initiativtext ist so verfasst, dass die Ehe zwischen Frau und Mann als Norm gesetzt wird. Der Bund hätte damit ohne weitere Verfassungsanderung keine Möglichkeit, die Eheschliessung auch gleichgeschlechtlichen Paaren zu ermöglichen. Wer sich also für eine diskriminierungs-

freie Gesellschaft einsetzt, muss die Initiative schon rein aus diesem Grund ablehnen. Auch der Wechsel zur getrennten Besteuerung von Ehemann und Ehefrau wäre mit dieser neuen Bestimmung ohne Verfassungsanderung nicht möglich. Die SP Frauen setzen sich schon seit Jahren für eine Individualbesteuerung ein, weil sie das einfachste Mittel ist, um die Ungleichbehandlung verschiedener Lebensformen zu beseitigen. Zudem hat sie den stärksten Wachstumseffekt, weil sie Barrieren in der Erwerbsbeteiligung von Zweitverdienenden am besten abbaut. Die Besteuerung des Zweitverdienstes hat bei Verheirateten oft die Wirkung einer Barriere und hält einen Teil des Ehepaars davon ab,

erwerbstätig zu sein. Oft sind das die Frauen. Auch die Fakten sprechen gegen das Ziel der Initiative: Gemäss Angaben des Bundesgerichtes existiert keine Heiratsstrafe. Im Gegenteil, die schlechtere Stellung von Verheirateten bei den AHV-Renten werde mehr als wettgemacht durch andere finanzielle Vorteile für verheiratete Paare und finanzielle Benachteiligungen von Konkubinatspaaren bei den Sozialversicherungen. Das höchste Gericht ist deshalb davon überzeugt, dass eine Aufhebung der «Heiratsstrafe» bei den AHV-Renten nicht zu einer Gleichbehandlung führen würde, sondern vielmehr zu neuen Ungleichheiten – und einer weiteren finanziellen Bevorzugung der verheirateten Paare.